

SR 3, Regionalnachrichten, 8.12.2011

Lebach: Kritik an Flüchtlingspolitik

Anlässlich des Tages der Menschenrechte haben Saar-SPD und Flüchtlingsrat die saarländische Flüchtlingspolitik kritisiert. Sie forderten, die Flüchtlinge auf die Kommunen zu verteilen.

Die Landesregierung will aber nur denen den Auszug aus der Landesaufnahmestelle in Lebach erlauben, die genug Geld verdienen. Eine generelle dezentrale Unterbringung sei den Kommunen zu teuer.

Der Etat für das Lager wird im kommenden Jahr um 100 000 Euro aufgestockt. Stattdessen fordert der saarländische Flüchtlingsrat, das "Problem Lager" an sich anzugehen.

SR-online, 8.12.2011, eigener Bericht

Aufnahmelager erneut in der Kritik

Aus Sicht der Saar-SPD und des Saarländischen Flüchtlingsrats (SFR) gibt es im Lebacher Aufnahmelager immer noch erhebliche Mängel. So entspreche beispielsweise die viel zu lange Aufenthaltsdauer nicht den Menschenrechten.

(08.12.2011) Der Saarländische Flüchtlingsrat (SFR) und die Saar-SPD haben anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte erneut Verbesserungen im Aufnahmelager Lebach angemahnt.

Begrenzung der Aufenthaltsdauer

Die überlange Aufenthaltsdauer von teilweise bis zu zehn Jahren entspreche nicht den Maßstäben der Menschenrechte, sagte der SPD-Abgeordnete Magnus Jung am Donnerstag in Saarbrücken. Zudem werde durch eine Vielzahl von Einschränkungen in die Freiheitsrechte der dort lebenden Menschen eingegriffen.

Roland Röder vom Flüchtlingsrat bekräftigte die Forderung nach einer Begrenzung der Aufenthaltsdauer auf höchstens drei Monate und die anschließende Unterbringung in den Kommunen. Zudem müssten bisherige Sachleistungen etwa durch Lebensmittelpakete auf Geldleistungen umgestellt werden. In Lebach Lager leben nach SFR-Angaben derzeit rund 900 Menschen. *(dpa/red)*